

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02221) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, zum Streit um die EG-Finanzierung: Aus der Not eine Tugend machen.
Seite 1/2

Dieter Haack MdB erinnert an Lauritz Lauritzen: Kamerad und Freund.
Seite 3

Bruno Friedrich MdB/MdEP setzt sich dafür ein, daß die EG ihre Nahost-Initiative korrigiert: Europa muß sich für ein langfristiges Konzept entscheiden.
Seite 4

Lothar Schwartz untersucht das Presseecho über den SPD-Parteitag: Brav und stromlinienförmig?
Seite 5

Dokumentation

Franz Josef Strauß - ein Christ in der Politik.
Seite 6-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 8 12-1

35. Jahrgang / 109

11. Juni 1980

Aus der Not eine Tugend machen

EG-Finanzierung über Brandtwein- und Mineralölsteuer kann bejaht werden

Von Ernst Haar MdB
Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Der erhöhte deutsche Beitrag zum Haushalt der EG ist angesichts der derzeitigen Finanzlage des Bundes nur schwer zu verdauen. Auch ist mit Recht an der Weisheit der europäischen Agrarmarktordeung zu zweifeln. An dem in Brüssel gefundenen Kompromiß führt dennoch kein Weg vorbei. Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft ist angesichts der derzeitigen Krisen in der Welt für den Wohlstand und die Sicherheit aller neun Staaten wichtiger denn je.

Die Deckungsvorschläge der Bundesregierung haben aus der Not des erhöhten deutschen Finanzbeitrags soweit wie möglich eine Tugend gemacht. Sowohl eine weitere Kürzung der Investitionen als auch eine stärkere Verschuldung als im Haushalt 80 und in der Finanzplanung bereits vorgesehen, oder gar ein Aufschieben der für 1981 vorgesehenen Steuerentlastungen waren nicht zu verantworten gewesen. Die statt dessen angestrebte Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern ist dagegen überfällig. Insbesondere die von CDU und CSU regierten Länder haben es sich in den letzten Jahren mit ihrer Finanzpolitik zu leicht gemacht. Während ihre finanzielle Decke sich als reichlich erwies, wurde immer wieder versucht, Lasten auf den Bund überzuwälzen. Gleichzeitig wird die Bundesregierung zum Sparen und zur Steuersenkung aufgefordert. Es wird dabei jedoch wohlweislich verschwiegen, wo gespart werden könnte. Die derzeitige Reaktion der CDU- und CSU-Landesregierungen auf die Vorschläge der Bundesregierung ist ein neuer Beweis dieser scheinheiligen Politik.

Sollte eine Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern am Widerstand von CDU und CSU scheitern, so ist



die von Minister Matthöfer vorgesehene Erhöhung der Verbrauchersteuern für Mineralöl und Alkohol die unter den gegebenen Umständen beste Lösung.

Auch wenn mit der Erhöhung der Branntweinsteuer der gefährlich steigende Alkoholkonsum gerade der Jugend wohl nicht entscheidend zurückgehen wird, so würde damit dennoch ein wichtiges Zeichen gesetzt. Der Alkoholismus ist, was häufig verschwiegen wird, eine ernste und weit verbreitete Krankheit in unserem Land. Auch ist zu hoffen, daß die hohe Zahl der alkoholbedingten Verkehrsunfälle etwas zurückgehen wird.

Die bei Scheitern der Verhandlungen mit den Ländern vorgesehene Erhöhung der Mineralölsteuer ist nicht nur fiskalpolitisch nötig, sondern auch energie- und verkehrspolitisch richtig. Die Notwendigkeit, die Benutzung des privaten Pkw angesichts knapper werdender Rohölvorräte langsam einzuschränken und auch den Güterverkehr schrittweise wieder mehr auf die Schiene zu verlagern, wird allgemein anerkannt. Der derzeitige Durchschnittsverbrauch von über einer Tonne Mineralöl pro Pkw und Jahr ist zu hoch. Schon mittelfristig werden wir uns dies preislich und wegen der begrenzten Vorräte nicht mehr leisten können.

Es ist daher vernünftig, sich schon heute auf die Situation auf dem Energiemarkt der Zukunft einzustellen. Die von der Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode geplante Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer wird der nächste konsequente Schritt in diese Richtung sein.

Es geht nicht um die Verteufelung des Automobils, das ein nicht wegzudenkender Bestandteil unseres Lebens geworden ist, sondern um eine intelligente das heißt selektive Benutzung. Langfristig noch viel wichtiger ist die Unterstützung des Trends zu verbrauchsarmen Modellen, wie er sich bereits abzeichnet. (-/11.6.1980/hi/ca)

+

+

+



Kamerad und Freund
-----Lauritz Lauritzen bewies, daß Politik ohne Egoismus und
Opportunismus betrieben werden kann

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Mit dem Tod von Lauritz Lauritzen hat die Bundesrepublik einen Politiker verloren, der wegen seines Sachverständes, seiner Ehrlichkeit und seiner Glaubwürdigkeit weit über die Grenzen seiner Partei hinaus geachtet und beliebt war. Der frühere Kasseler Oberbürgermeister, Hessische Justizminister und Minister für Bundesangelegenheiten, Bundesbauminister und Verkehrsminister hat in jahrzehntelanger kommunal-, landes- und bundespolitischer Verantwortung vorgelebt, daß Politik Verantwortung für den Menschen ist. Er hat dabei stets bewiesen, daß Politik ohne Egoismus und Opportunismus betrieben werden kann. Alle die ihm begegnet sind und mit ihm zusammengearbeitet haben, haben mit Lauritz Lauritzen jemanden verloren, der auch im politischen Leben Kameradschaft und Freundschaft vermittelte.

Lauritz Lauritzen war seit 1966 zunächst Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau, ab 1969 für Städtebau- und Wohnungswesen. Diese schlichte Umstellung zweier Worte im Namen des Ministeriums vor zehn Jahren kennzeichnet einen entscheidenden, von Lauritz Lauritzen geprägten Wechsel in der Auffassung von Wohnungs- und Städtebaupolitik: Anstelle der zahlenmäßigen Erfolgabilanzen allein des Wohnungsbaus trat das Verständnis dafür, daß der Wohnungsbau in die größere Aufgabe des Städtebaus integriert werden mußte. Seine Städtebaupolitik bleibt gekennzeichnet durch eine Aussage in den "sozialdemokratischen Perspektiven" im Übergang zu den 70er Jahren: "Damit die Menschen sich in den Städten wohlfühlen können, müssen die Städte dem einzelnen und seiner Familie sowohl Geborgenheit in der privaten Sphäre als auch Kontakt und Gemeinschaft bringen."

Nahezu acht Jahre nach seinem Weggang aus dem Bundesbauministerium ist vieles von seiner Arbeit noch lebendig geblieben. Die Verbesserungen des Wohngeldes, der Mieterschutz oder das langfristige Wohnungsbauprogramm. Untrennbar verbunden mit seinem Namen bleibt das Städtebauförderungsgesetz, seit einem Jahrzehnt nun bereits zentrale Grundlage der Erneuerung in unseren Städten und Gemeinden. Heute können wir feststellen, daß wohl in jeder größeren Stadt der Bundesrepublik mit Hilfe dieses Gesetzes wesentliche städtebauliche Impulse ausgelöst worden sind. Er war es, der schon frühzeitig den Weg wies von einer Stadtsanierung, die zunächst noch ihre Hauptaufgabe im Abriß sah, hin zur Erhaltung und Erneuerung.

Die Städtebaupolitik von Lauritz Lauritzen orientierte sich an seinen kommunalen Erfahrungen, war kommunalfreundlich und bürgernah. Er war es, der frühzeitig so wichtige Themen wie Partizipation und Demokratisierung der Planungsprozesse in die Städtebaupolitik einbrachte, Themen die für die rechtverständene Bürgermitwirkung von entscheidender Bedeutung waren.

Bis zu seinem Tode war Lauritz Lauritzen stets noch der Wohnungs- und Städtebaupolitik verbunden: Als Präsident der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen, als Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, als Mitglied des Vorstandes des Verbandes gemeinwirtschaftlicher Unternehmen für Städtebau und Landesentwicklung und schließlich als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik der SPD. Immer wieder ist uns in diesen letzten Jahren sein Rat zugute gekommen. Dieser Rat wird uns jetzt schmerzlich fehlen. Für uns ist es Aufgabe und Verpflichtung, die Arbeit für ein menschengerechtes Wohnen in unseren Städten in seinem Sinne fortzuführen. Wir schulden Lauritz Lauritzen Dank und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

(-/11.6.1980/hi/ca)



Die Nahost-Initiative der EG war zu korrigieren

Europa muß sich für ein langfristiges Konzept entscheiden

Von Bruno Friedrich MdB/MdEP

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Die Nahost-Initiative der EG beim Treffen in Venedig wird kommen, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß der ursprüngliche Ansatz korrigiert und eine harte Konfrontation mit den USA, mit Israel und Ägypten vermieden wird. Dies wäre oder würde geschehen, konzentrierten sich die Staaten der EG allein auf eine Änderung der UNO-Resolution 242 und 338.

Eine solche Änderung würde sicher von den arabischen Ländern, besonders den Öl-Staaten, begrüßt werden - die PLO sagt dazu Widersprüchliches -, aber das eigentliche Ziel der Staaten der EG, eine europäische Nahost-Politik langfristig zu entwickeln, zunächst blockieren. Europäische Politik im Nahen Osten kann sich gegenwärtig nur als Ergänzung der US-Politik begreifen; sie muß mit den Arabern sprechen und gleichzeitig dialogfähig mit Israel und mit Ägypten bleiben, ohne dabei auf eigene, europäische Akzente zu verzichten.

In den letzten Wochen war in Europa manchmal von einer alternativen europäischen Politik im Nahen Osten die Rede. Dies war unreal. Hoffnungen dieser Art überschätzen die Macht Europas, überschätzen die Rolle, die Europa in diesem Raum gegenwärtig wahrnehmen kann. Kann Europa die VI. US-Flotte im Mittelmeer ersetzen? Nein! Kann Europa die militärische Sicherheit Israels garantieren? Nein! Kann Europa die Milliardenbeträge an Dollars zur ökonomischen Entwicklung Israels und Ägyptens ersetzen, die die USA aufbringt? Nein! Eine Initiative aber, die im Motto endet, die Öl-Araber den Europäern, die Israel und Ägyptern den USA, würde eher blockierend wirken und zusätzlich zu einer schweren Belastung im westlichen Bündnis führen. Deshalb ist die nun erkennbare Korrektur des ursprünglichen Ansatzes der EG-Initiative zu begrüßen. Sie hat mehr Augenmaß.

Es wäre ein schlimmer Fehler und falsche Politik, würden die Europäer wegen ihrer Öl-abhängigkeit im Nahen Osten auf ein umfassendes Nah-Ost-Konzept, das den ganzen Mittelmeer-Raum einbezieht, verzichten. Ein solches Konzept kann nach der europäischen Abstinenz seit dem Suez-Krieg 1956 nur Schritt um Schritt entwickelt werden.

Dazu gehört die politische und ökonomische Integration Spaniens und Portugals in eine europäische Mittelmeerpolitik; sie hat durch Präsident Ciscards Verweigerung eines spanischen und portugiesischen Beitritts einen Rückschlag erlitten. Dazu gehören Anstrengungen, die afrikanische und asiatische Mittelmeerküste politisch und ökonomisch zu stabilisieren. Dabei werden Ägypten und Israel wichtige, vermutlich die wichtigsten Partner sein.

In dieser Dimension ist die Palästina-Frage sicher das brennendste, aber nicht das alleinige, auch nicht das alles-, das alleinentscheidende Problem. Dies sollten die EG-Regierungen bei ihren Entscheidungen beachten. (-/11.6.1980/ks/ca)

+ + +



Brav und stromlinienförmig?

SPD diskutiert auf Parteitagern engagiert und handeln dann geschlossen

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der Wahlparteitag der SPD hat ein breites und differenziertes publizistisches Echo gefunden. Die kritische Analyse und politische Wertung der Beratungen und Beschlüsse von Essen ist überwiegend fair bis positiv, zumindest aber weitgehend respektvoll. Einer Anzahl dieser Stimmen ist jedoch auch Enttäuschung beigemischt und zwar Enttäuschung über einen zu "stromlinienförmigen" und "braven" Parteitag, über zuviel Disziplin seiner Delegierten und zu wenig hart-kontroverse Diskussion im Grundsätzlichen.

Die Bestätigung der eindrucksvollen Geschlossenheit unserer Wahlparteitages, wie sie ja deutlich auch in solchen Anmerkungen liegt, ist gewiß kein Anlaß für ein Dementi des Parteisprechers. Zwei Hinweise erscheinen jedoch angebracht:

1. Rund 600 Anträge, die bis zum 26. April 1980 zum Entwurf des Wahlprogramms und für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Alterssicherung aus Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen eingegangen waren und in einer Antragskommission sowie im Plenum von Essen gründlich beraten und abgestimmt worden sind, können wohl kaum als Beweise für eine lammfromme Zustimmungspartei oder einen auf Ablieferung von Applaus programmierten Parteitag gelten. Noch im Verlauf des Parteitages hat es Initiativanträge substantieller und differenzierender Art gegeben.
2. Die Tradition sozialdemokratischer Parteitage, engagiert, mit Ausdauer und oft auch unproportional zu diskutieren, aber die dann getroffenen Mehrheitsentscheidungen solidarisch zu tragen, war in Essen durchaus präsent.

Aus diesem Selbstverständnis heraus waren zum Beispiel die Initiativanträge zur Sicherheits- und Energiepolitik als Ergänzung, Aktualisierung und Unterstreichung der auf diesen Feldern auf dem Ordentlichen Parteitag im Dezember 1979 in Berlin gefaßten Beschlüsse angelegt. Wer - aus unterschiedlichen Motiven - in Essen eine Revision von grundsätzlichen politischen Entscheidungen des Ordentlichen Parteitages in Berlin erwartet oder sie gar vorausgesagt hatte, konnte dies nur aus mangelnder Kenntnis oder falscher Einschätzung der bei Sozialdemokraten praktizierten innerparteilichen Demokratie tun.

(-/11.6.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Mit dem politischen Denken des Unions-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß und seiner Rolle als Christ in der Politik befaßt sich eine Argumentationshilfe, die der Sozialdemokratische Informationsdienst für Kirchenfragen - evangelischer Bereich - in seiner jüngsten Ausgabe veröffentlicht. Wir dokumentieren den Text. Erster Teil

Franz Josef Strauß - ein Christ in der Politik

Es sei erlaubt, sich im Wahljahr 1980 kritisch mit dem "C" der Unionsparteien zu beschäftigen, zumal Franz Josef Strauß sich - wie kein Unionspolitiker seit Adenauer - so entschieden auf ein "christliches" Menschenbild und auf die "christliche Substanz" in der Bundesrepublik beruft. Und dann ist da noch etwas zu bedenken. Inzwischen hat sich über die Hälfte der Unionspolitiker - das hat Franz Alt, CDU-Mitglied und Fernsehjournalist des Südwestfunks an die Öffentlichkeit gelassen - für die Streichung des "C" ausgesprochen.

Bei diesem Versuch ist dem möglichen Einwand entgegenzutreten, daß dem Kanzlerkandidaten von neuem persönlich geschadet werden soll. In der Tat wäre ein Denken in Feindbildern abstoßend, und so verbietet es sich von vornherein, ins Horn derer zu stoßen, die Strauß in erster Linie persönlich verletzen wollen, anstatt in der Sache zu streiten. Der Politiker Strauß soll an dem gemessen werden, was er getan und gesagt hat. Die Frage erhebt sich: Ist Strauß für Christen wählbar? Gewiß, eine provokative Frage. Wer sich aber so bewußt - wie Strauß - als christlicher Politiker versteht, muß sich diese Frage gefallen lassen.

1. Das Weltbild von Franz Josef Strauß

Strauß ist einer der wenigen deutschen Politiker, die noch von einem relativ geschlossenen Weltbild ausgehen. Das macht Strauß interessant, gelstreich, farbig - aber auch gefährlich. Strauß ist ein bißchen de Gaulle, Churchill, Adenauer und Lohengrin; letzteres deshalb, weil er seine Politik wie eine messianische Heilslehre vorträgt mit der Einschränkung: "Nie sollst du mich befragen." Er fühlt sich zuweilen als Gralshüter einer christlich-abendländischen Wertordnung. Aus dem CSU-Kalender, Blatt Dezember 1978:

"Ich bin der Auffassung, daß es der Christen in der Politik bedarf, die den Mut, die Standfestigkeit, die Zähigkeit und das Zielorientierungsvermögen haben, sich zu den Grundwerten der christlichen, abendländischen Politik mit ihrer hellenistischen Grundkultur, ihrer römischen Zivilisation, ihrer von der christlichen Religion herkommenden Wertordnung ... zu bekennen."

Dieser scheinbaren Geschlossenheit und Selbstsicherheit zum Trotz muß sich Strauß aber dennoch fragen lassen, ob sein Weltbild nicht in sich widersprüchlich ist. Die Berufung auf "Grundwerte der christlichen, abendländischen Politik" ist das eine; seine Abhängigkeit vom Weltbild des Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert das andere. Strauß scheint die gegenwärtig wichtigste politische Gestalt der Unionsparteien zu sein, die sich der entschiedenen Verkündung der marktwirtschaftlichen Ordnung unter Zuhilfenahme eines recht willkürlich ausgelegten "C" verpflichtet weiß. Er, der Katholik, ist heute das, was der Protestant Erhard in den 50er und 60er Jahren war, zuzüglich eines Adenauer ähnlichen Dranges nach Macht. Strauß ist eine Mischung aus Adenauer und Erhard.

Der Wirtschaftswissenschaftler Hayek, eine Art Kirchenvater der marktwirtschaftlichen Ordnungslehre, ist Straußens verehrter Lehrmeister. Folglich weiß Strauß sich auch im Menschenbild dem ökonomischen Teil des Liberalismus verpflichtet:

- leistungsstark, wettbewerbsorientiert
- eigenverantwortlich
- bescheiden
- zuversichtlich, resolut
- wirtschaftsbezogen.



Strauß bringt das Kunststück fertig, dem Liberalismus verpflichtet zu sein, das heißt seinem ökonomischen Teil, ohne liberal bezüglich der bürgerlichen Grundrechte zu sein. Und nun kommt das Überraschende. Die marktwirtschaftliche Gesellschaftslehre des Liberalismus ist für Strauß das Zentrum seines Weltbildes, die Konstante sozusagen; die "Grundwerte der christlichen, abendländischen Politik" jedoch das schmückende Beiwerk, das Weltanschauliche die Variable. Er braucht das "Christliche", um die Marktwirtschaft in den Rang einer "sozialen" zu erheben. Und dies ist, mit Verlaub gesagt, Ideologie. Franz Alt, der kritische CDU-Fernsehjournalist des SWF, hat Strauß vor Jahren durchschaut. Er sagte 1974:

"Bei Strauß ... ist die christliche Sozialethik noch weitgehend identisch mit Sozialismus" (Evg. Kommentare Oktober 1974).

Und an anderer Stelle:

"Die Union hat es bisher versäumt, die moderne Theologie zu verarbeiten ... Christliche Theologie wird in der Union immer noch als Theologie des Privaten mißverstanden ... Die Privatisierung der christlichen Theologie führt jedoch zu gesellschaftspolitischer Unverbindlichkeit - also zum Gegenteil dessen, was Christus gesagt und getan hat" ("Sonde", April 1974).

Fazit: Strauß ist Christ abzüglich der katholischen Soziallehre (die paßt nicht in sein Konzept), was es ihm ermöglicht, die ökonomischen Elemente des Liberalismus in den Rang des Weltanschaulichen zu erheben, ohne daß dies mit seiner "Christlichkeit" in Konflikt geriete. Auch Protestanten bekamen das zu spüren, die unversehens von Strauß umworbenen. In einem Grußwort an die bayerische Landessynode im November 1979 malte Strauß die Gefahren aus, die "in so manchen klerikal-revolutionären Schwärmereien, in einer allzu kurzschlüssigen Verbindung von Theologie und emanzipatorischer Politik, wenn nicht gar in der Verbindung von Theologie und Revolution" liege. So wird mit einem Federstrich Theologen wie Barth, Tillich, Moltmann, Niebuhr, Gollwitzer die gelbe Karte gezeigt - von Metz und Nell-Breuning gar nicht erst zu reden.

2. Strauß und die Utopie

Es gibt keine grundsätzliche Rede von Strauß, wo er sich nicht mit der Utopie beschäftigt, pardon, sich nicht geringschätzig über sie ausläßt. Er selbst hält sich für wirklichkeitsbezogen. Die Realität ist das freie Spiel der Kräfte am Markt - dank des ordnungspolitischen Credo im Liberalismus. Wirklich sind nur die "Leistungswerte" (Disziplin, Fleiß, Opferbereitschaft, Bescheidenheit). Alles, was nicht vom Markt zu bewerkstelligen ist, verfällt, mit ganz wenigen Ausnahmen, der Abwertung. Realität ist ferner das wissenschaftlich und technisch Machbare. Es gibt kaum einen Unionspolitiker der so, wie Strauß, das Leistungsstreben verherrlicht. Hier bricht der Glaube in die Tüchtigkeit des einzelnen durch. Hinzu kommt ein Fortschrittsglaube an die "Machbarkeit" von wirtschaftlich nutzbar gemachter Wissenschaft und Technik.

Der Gegenpol zur Leistung ist bei Strauß die Utopie. Bestandteil der Utopie ist die Forderung nach Reformen, nach mehr Demokratie, nach sozialstaatlichen Rechtsansprüchen. Das sind alles negative Forderungen. Strauß ist so befangen in diesem Dualismus Leistung/Utopie, daß er sogar die Nachkriegsgeschichte als den Widerstreit von Pragmatismus und Utopie konstruiert, wie beispielsweise in einer Grundsatzrede vor dem CSU-Parteitag am 29. September 1979. Dort unterschied er:

- die "pragmatische" Phase von 1949 bis 1969
- die "visionär-utopische" Phase von 1969 bis 1974
- die "labil-unsichere" Phase von 1974 bis heute

Auffällig dabei ist, daß er den Zeitabschnitt von 1945 bis 1949 nicht einzuordnen versteht oder nicht will. Keine Wunder. Fällt doch in diese Jahre der allzu kurzlebige Ansatz eines "christlichen Sozialismus" in der CDU. Es war der Versuch, die katholische Soziallehre politisch zum Tragen zu bringen. Aber damit kann Strauß heute wenig anfangen. Daß in den Unionsparteien sich die marktwirtschaftlich-wettbewerbsorientierten Kräfte



gegen die christlichen Soziallehren durchzusetzen vermochten, kommt Strauß heute gelegen. Er darf sich bestätigt fühlen.

Vor der Hanns-Seidel-Stiftung gab er sich 1976 als derjenige, der es immer vorausgesehen hatte:

"Wir müssen erkennen, daß wir nicht mehr Vision gegen Vision, Utopie gegen Utopie setzen können, sondern daß wir als CSU in den Augen der Wähler, in den Augen der Öffentlichkeit die Partei der politischen Ehrlichkeit, der finanziellen Solidität, der wirtschaftlichen Wirklichkeitsnähe und der Ideologiefeme sein müssen."

Geschickt werden Sozialdemokraten und Kommunisten in die Grauzone des "Schwärmertums", des "Illusionismus" und der "Träumerei" gerückt. Mit ihnen begann ja die "visionär-utopische" Phase Deutschlands. Mit anderen Worten: Strauß nutzt das Unbehagen weiter Bevölkerungskreise, gerupft von wirtschaftlichen Krisenerscheinungen gegenüber allem, was nach Unsicherheit klingen muß, geschickt aus. Er versucht, die Bevölkerung einzuselen: Mit den Sozialdemokraten begann 1969 die Abkehr vom Ordnungsdenken des Liberalismus, und damit nahm die Wirtschaftskrise voll ihren Lauf, hervorgerufen von denen, die "mehr Demokratie wagen" wollten und die die Politik der Reformen einleiteten. Was man Strauß wirklich als eine üble Machenschaft ankreiden muß, ist dessen Ausnutzen einer dumpfen Angst in der Bevölkerung vor den Kommunisten. Warum, so ist zu fragen, wehren sich Theologen und Kirchenmänner nicht öffentlich vernehmbar gegen dieses Geschäft mit der Angst? Wäre dies bereits eine unzulässige Parteilnahme?

Knüppeldick gab Strauß es im Mai 1976 vor der Evangelischen Akademie Tutzing. Angesichts einer weltweiten Entwicklungskrise gebe es zum politischen Pragmatismus keine Alternative. Im Evangelischen Pressedienst vom 30. Mai 1976 hieß es dazu:

"Nach den Worten von Strauß ist es an der Zeit, daß die Anhänger von 'messianischen Globallösungen' unter dem Druck der Fakten zu einer Politik der machbaren Reform zurückkehren ... Durch die Rückkehr zur Bescheidenheit und zu einer pragmatischen Politik werde weder die Demokratie noch der Sozialstaat reduziert."

Sozialdemokratische Politik = Illusionen. So heißt, auf eine Formel gebracht, das Betreiben des Kanzlerkandidaten, mit der Sozialdemokratie abzurechnen, "jenes den Verstand und das Gewissen benebelnden Gebräues aus Utopie, säkularisierter Theologie, jenes pseudowissenschaftlichen Begriffsbrimboriums", wie Strauß im September 1979 auf dem CSU-Parteitag sagte. Und an anderer Stelle jener Rede befindet Strauß im Blick auf die SPD:

"Es ist an der Zeit, daß diesen Gewirr von marxistischen Spekulationen und pseudotheologische Utopie einmal beendet wird ... Seit man versucht hat, Gott zu eliminieren, hat man die Gesellschaft an die Stelle Gottes gesetzt."

Dies ist ein Schlag unter die Gürtellinie. Sozialdemokratie = atheistisch strukturierte Partei!

3. Strauß und die Protestanten

"Unser Problem ist die Durchsetzung der Wahrheit, und die Hoffnung der SPD ist die Verleugnung der Wahrheit" - so Strauß im Originalton. Damit treibt Strauß, das muß er wissen, Hohn und Spott mit der politischen Option vieler Protestanten.

Es ist nicht verwunderlich, daß insbesondere am Ende der 60er Jahre eine Hinwendung des überwiegenden Teils des Protestantismus zur SPD eingesetzt hat. Zu weit war damals der Abstand zwischen protestantischen Erwartungen an die Politik und der tatsächlichen Praxis der CDU-Regierungen sowie der Großen Koalition in Bonn geworden. Ganz offen wurde der Sympathieumschlag dann 1972 bei einer bundesweiten Aktion evangelischer Christen zugunsten von Brandt/Schoel. In einem Papier dieser Wählerinitiative stand, was auch 1980 - trotz erheblicher Enttäuschungen mit der SPD - von vielen Protestanten wiederholt werden wird:

"Die CDU schürt die Angst vor den zum Teil sicher schmerzhafter Reformen und vor



denen, die sie fordern und ansarbeiten. Sie verschweigt, was diese Reformen notwendig gemacht hat: Zahlreiche Fehlentwicklungen, die nicht zuletzt die CDU selbst verantworten muß" (Faltblatt "Wider das Geschäft mit der Angst").

Die von vielen evangelischen Christen so empfundene geistige Verwandtschaft von Protestantismus und Sozialdemokratie im Gesellschaftlichen gründete in der gemeinsamen Erkenntnis, daß mit einer Politik der Reformen dort etwas bewegt werden muß, wo die von der CDU/CSU genährte Hoffnung auf die Brauchbarkeit des Marktes als Rahmenbedingung einer humanen Gesellschaftsordnung zusammenbrach. Protestanten sind also in einem bestimmten Punkt genauso auf eine pragmatismusüberspringende Vision eines lebenswerten Morgen erfüllt wie Sozialdemokraten. Beide sind sie von der Notwendigkeit der konkreten Utopie überzeugt.

Wenn Strauß heute von den "säkularisierten Theologen" der SPD redet, meint er auch den Protestantismus. Er sagt SPD und meint evangelische Christen. Frei herauszusprechen, scheut er jedoch aus wahltaktischen Gründen. Der evangelischen Jugend wollte er bei einer Eröffnungsansprache zum 18. Evangelischen Kirchentag in Nürnberg 1979 ins Gebetbuch geschrieben sehen, daß es "bei den Problemen, die gerade unsere Jugend so stark bewegen, die Friedenspolitik, die Kernenergie, der Umweltschutz, der -alternative Lebensstil-, niemals darum gehen kann, utopische Luftschlösser zu bauen und unerfüllbare Hoffnungen zu wecken und zu hegen".

Auf ein wie fremdes Terrain sich der Kanzlerkandidat damit begab, zeigte die Anmerkung des Pressedienstes Kirchentag, Kenner hätten bemerkt, sie hätten den bayerischen Politiker selten so entnervt gesehen. Er sei mehrfach am Weitersprechen gehindert worden, weil er eine Eröffnungsrede zum 16. Kirchentag hielt, obwohl der Nürnberger Kirchentag bereits der 18. in seiner Geschichte war. Strauß entschuldigte sich nach Zurufen damit, daß es auch unter seinen Bürokraten solche gebe, die nicht bis 18 zählen können.

Hilfe an Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zum Beispiel gelten als "klerikal-revolutionäre Schwärmerien, vor allem im Hinblick auf die Dritte Welt" (so vor der EKD-Synode Ende Januar 1980). Vor dem gleichen Kreis warnte Strauß sodann vor der "Flucht in wirklichkeitsfremde Utopie und Illusionen" und rief zur "christlichen Nüchternheit" auf, was heißt: "Die Erkenntnis der Grenzen des politisch Planbaren und Machbaren. Wir müssen auch hier wieder lernen, bescheidener zu sein." Im Klartext heißt das: Große Teile des Protestantismus sind dafür zu tadeln (aber nicht in offener Form!), daß sie die marktwirtschaftliche Ordnung geistig nicht entschieden genug verteidigt haben. Dazu Strauß noch einmal im Originalton:

"Allzusehr hat sich in der deutschen Öffentlichkeit bereits das Bewußtsein von der Wirklichkeit abgekoppelt. In gefährlichem Maße ist bereits das Bewußtsein dafür verloren gegangen, daß nicht nur der wirtschaftliche Wohlstand des Einzelnen, sondern auch die Leistungsfähigkeit unseres Sozial- und Bildungsstaates von der Leistung des Einzelnen wie von der Leistungskraft unserer marktwirtschaftlichen Ordnung insgesamt abhängen."

Bildet Strauß sich wirklich ein, er könne "Bescheidenheit" in den Rang eines für Protestanten erstrebenswerten sozialethischen Prinzips einsetzen? Offensichtlich. Sozialdemokraten und ein Großteil der Protestanten sind die beiden vermeintlichen realitätsfernen Kräfte im Lande:

"Wir müssen feststellen, daß der Fortschrittsoptimismus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die Reformeuphorie und die fast revolutionäre Umschichtung der Werte im letzten Jahrzehnt mit einem tiefen Mißtrauen gegen Technik und Naturwissenschaft geendet haben" (vor der bayerischen Landessynode, November 1979).

Theologen, kirchliche Mitarbeiter und Sozialdemokraten - ein nach Strauß verhängnisvolles Bündnis. Es gibt keinen deutschen Politiker, der so wenig von Theologie versteht und sich dennoch ständig an ihr reibt, bis hin zur Unterstellung, Theologie und sozialistische Theorien seien wesensgleich. Wie sagte er doch vor dem CSU-Parteitag 1979 in München:

"Wir predigen keine irdische Vollkommenheitstheologie, die dann zu utopischen Luftschlössern führt."
(-/ 11.6.1980/ks/ea)

